

Ärzte sollen die Codes ausgeben

Nur wenige Personen wurden wegen der Covid-App positiv getestet. Jetzt werden Forderungen laut.

Leo Eiholzer

Im Lockdown waren die Hoffnungen in die Technologie gross. Ein Programm auf dem Handy sollte die Schweiz vor der zweiten Welle bewahren. Die nüchterne NZZ titelte euphorisch: «Wie eine Smartphone-App das Virus stoppen könnte». Experten stiessen ins selbe Horn, wenn auch etwas vorsichtiger. Digital-Epidemiologe Marcel Salathé sagte im Mai, falls die Fallzahlen wieder steigen, sei man viel besser vorbereitet, denn: «Gerade die Contact-Tracing-App macht das einen riesigen Unterschied.»

Jetzt, wo die Fallzahlen explodiert sind, spielt die Swisscovid-App nur eine marginale Rolle. Das gibt selbst Il-Sang Kim zu, der beim Bundesamt für Gesundheit das App-Projekt leitet. Er sagt: «Bisher wurden mindestens 220 Personen positiv getestet, die wegen einer Warnung der App zum Test gingen.» Eine verschwindend kleine Zahl, bei fast 100 000 positiven Tests alleine im Oktober. Nur auf knapp 1,9 Millionen Handys läuft die App.

Die Software funktioniert gut – das Problem sind die zu tiefen Nutzerzahlen. Doch die App kämpft auch mit anderen Punkten. Die Codes, die man eingeben muss, um Kontakte nach einem positiven Test zu warnen, werden von den Kantonen teils erst nach Tagen ausgestellt. Die Probleme werden mit zuneh-



Die Swisscovid-App schöpft in der Corona-Bekämpfung ihr Potenzial noch nicht aus. Bild: Imago Images

menden Fallzahlen schlimmer. Salathé sagt: «Natürlich ist das ein grosses Problem. Im Idealfall wäre die Swisscovid-App eine superschnelle Form des Contact-Tracings. Deshalb müssen wir das unbedingt verbessern.» Die offizielle Statistik des Bundes zeigt: In jedem vierten Fall dauert es sechs oder mehr Tage vom Beginn der Symptome bis der Code ausgestellt wird. Zeit, in der die Kontakte schon ansteckend sein könnten.

Il-Sang Kim, Leiter der Abteilung digitale Transformation

beim BAG, stellt Abhilfe in Aussicht: «Wir sind kurz davor, dass Ärzte und Spitäler die Codes selbst ausstellen können. Das spart viel Zeit.» Die Teilnahme soll aber freiwillig sein. Laut Kim prüft das Bundesamt für Gesundheit auch, ob es selbst die Codes ausstellen könnte.

Die tiefen Nutzerzahlen der App sind rätselhaft. Denn bei einer repräsentativen Umfrage im Auftrag von SRF gaben im Frühling noch zwei Drittel der Bevölkerung an, eine Tracing-App installieren zu wollen.

Alle Wünsche der Entwickler wurden erfüllt: Die App ist anonym, dezentral und einfach. Trotzdem sind die Nutzerzahlen viel tiefer als erhofft. Was lief schief? Marcel Salathé, geistiger Vater der App und Professor der ETH Lausanne, korrigiert im Gespräch: «Technisch konnten wir wirklich fast alles umsetzen, was wir wollten. Kommunikativ lief nicht alles so wie gewünscht.» Am Anfang sei viel mehr über die Überwachungsängste gesprochen worden als über die Hilfe, die die App be-

ten könnte, sagt Salathé. Damit zielt er vor allem auf die Medien. Zudem sei der Zeitpunkt der Lancierung Ende Juni nicht ideal gewesen: «Es war einer der Tage mit den tiefsten Fallzahlen des ganzen Jahres. Die Leute freuten sich auf einen entspannten Sommer und wollten nicht an Covid denken.»

Influencer sagten ab – aus Sorge um ihren Ruf

Wurden auch seine Hoffnungen in die App enttäuscht? «Jein», sagt Salathé. «Die App kann noch mehr, vor allem wenn die Benutzerzahlen steigen. Aber auch schon jetzt ist sie eine grosse Unterstützung für das manuelle Contact-Tracing. Wir haben zudem immer gesagt, dass die App keine eierlegende Wollmilchsau wird.» Sowohl Salathé als auch Kim hoffen auf mehr Nutzer. Seit Anfang Oktober ist die Zahl um 200 000 gestiegen.

Das BAG versuchte schon viel, um die Software unter die Leute zu bringen. Kim sagt: «Uns wird zum Beispiel immer wieder vorgeworfen, wir würden zu wenig mit Influencern werben. Dabei haben wir sehr viele Influencer und Prominente angefragt. Natürlich haben wir auch Geld in die Hand genommen.» Er sei aber ziemlich überrascht worden: «Viele wollten nicht mitmachen, weil sie Sorge hatten, dass ihr Image beschädigt wird. Etwa, weil ihre Fans fälschlicherweise Überwachung durch die App befürchten.»

Christinnen gegen Konzern-Initiative

Die Luzerner CVP-Ständerätin Andrea Gmür hat gemeinsam mit anderen Frauen einen offenen Brief an die Kirchen verfasst. Er trägt den Titel «Christinnen gegen Konzernverantwortungsinitiative». Gmür kritisiert das Engagement der Kirchen: Mit ihrer «einseitigen Parteinahme für die Initiative» vermittelten sie den Eindruck, dass es nur einen einzigen Weg gäbe, christliche Grundsätze zu verwirklichen. Damit werde suggeriert, dass «Frauen, die Initiative ablehnen und den Gegenvorschlag bevorzugen, schlechte Christinnen seien».

Gmür erklärt auf Anfrage, dass Frauen den Brief aufgesetzt hätten, weil gemäss Umfragen besonders viele Frauen die Konzern-Initiative befürworteten. «Ich will ein Zeichen setzen, dass gerade auch Christinnen die Vorlage mit gutem Grund ablehnen können.»

Die Ständerätin betont, es sei richtig, dass sich die Kirchen für den Schutz der Schöpfung, für mehr Menschlichkeit und eine gerechtere Teilhabe an der globalen Wirtschaft einsetzen. Die Kirchen sollten den Gläubigen aber zu verstehen geben, dass es verschiedene Wege gebe, diese Ziele zu erreichen.

Die Frauen richten Fragen an die Kirchen. Zum Beispiel: «Sind Frauen, die den Gegenvorschlag unterstützen, weniger gute Christen?» Und: «Warum stimmen die Kirchen in den Kanon von NGO ein, die multinationale Unternehmen als notorische Täter darstellen, die überall wissentlich und willentlich die Umwelt zerstören und Menschenrechte missachten?»

Den Brief bereits unterschrieben haben Christa Markwalder (FDP), Susanne Vincenz-Stauffacher (FDP), Esther Friedli (SVP), Céline Amaudruz (SVP) und viele CVP-Politikerinnen. Über die Initiative wird am 29. November abgestimmt. (be)



Für ein «Nein»: CVP-Fraktionschefin Andrea Gmür. Bild: Key

Drei Coronafälle beim Bund

Gesundheitsminister Alain Berset musste nicht in Quarantäne.

Drei Mitarbeiter des Generalsekretariats des Innenministeriums (EDI) wurden seit dem Lockdown positiv getestet. Das bestätigt Kommunikationschef Peter Lauener. Der dritte Fall ereignete sich vor einer Woche.

Keine der drei Personen habe sich im EDI angesteckt, betont Lauener. Auch seien keine weiteren Personen angesteckt worden. Bundesrat Alain Berset musste nicht in Quarantäne. Er war keinem der Infizierten zu nahe gekommen. Recherchen zeigen aber, dass im EDI vor dem Bundesrats-Entscheid vom

Mittwoch keine Maskenpflicht am Arbeitsplatz galt. Obwohl das Bundesamt für Gesundheit (BAG) schon seit dem 19. Oktober eine Maskenpflicht kennt. Wer das Gebäude betritt, darin unterwegs ist und an Sitzungen teilnimmt, muss Maske tragen.

Auch das Umweltdepartement (Uvek) und das Verteidigungsdepartement (VBS) haben laut eidgenössischem Personalamt vor dem Bundesrats-Entscheid eine Maskenpflicht eingeführt. «Wir halten alle Regeln ein wie Abstand halten, wenn möglich im Homeoffice arbeiten

und wo nötig Masken tragen», betont Lauener. «Seit dem Bundesrats-Entscheid gilt bei uns eine Maskenpflicht. Viele haben schon zuvor Maske getragen.» Positiv Getestete gab es auch im VBS: Armeechef Thomas Süssli, NDB-Chef Jean-Philippe Gaudin und eine Mitarbeiterin im Vorzimmer von Bundesrätin Viola Amherd. Auch Mitarbeiter der Bundesräte Karin Keller-Sutter und Guy Parmelin wurden positiv getestet. Parmelin musste in Quarantäne.

Othmar von Matt

Sexarbeit: Fachstelle kritisiert kantonale Unterschiede

In einigen Kantonen sind Sexbetriebe geschlossen, in anderen nicht. Eine Expertin spricht von «Kakophonie».

Sexarbeiterinnen und Freier müssen die Verordnungen ihres Kantons studieren, um herauszufinden, ob sie ihrem Beruf beziehungsweise ihrem Vergnügen nachgehen dürfen. Denn der Bundesrat hat im Gegensatz zur ersten Coronawelle die Erotikbetriebe nicht geschlossen, er toleriert aber schärfere kantonale Regelungen.

Die Kantone Luzern, Solothurn und Bern haben diesen Spielraum genutzt und ihre Bordelle geschlossen. Lelia Hunzi-

ker ist Geschäftsführerin der Fachstelle Frauenhandel und Migration und sagt: «Diese Kakophonie ist schlecht. Sie führt zu Unsicherheit und schadet den Coronamassnahmen im Allgemeinen. Man weiss nicht mehr, was wo gilt. Es ist höchste Zeit, dass der Bund das Zepter wieder in die Hand nimmt.» Dabei sollte man die Situation nicht werte-, sondern faktenbasiert beurteilen und die Sexarbeit mit einer Massage oder Physiotherapie vergleichen. (mau)

ANZEIGE

Sie sagen NEIN

- ✗ Bundesrat, National- und Ständerat
- ✗ CVP, FDP, SVP und GLP-Fraktion
- ✗ economiesuisse, Arbeitgeberverband, Pensionskassenverband, Swissmem, Swissmechanics, Versicherungsverband, SwissBanking
- ✗ Verband für Seniorenfragen
- ✗ Kantonale Industrie- und Handelskammern sowie kantonale Gewerbeverbände

Schweizer KMU und soziale Sicherheit gefährden?

www.GSoA-nein.ch

Die GSoA-Initiative ist ein Angriff auf unsere KMU und die Unabhängigkeit der Nationalbank.

Zudem schadet das Finanzierungsverbot der AHV und den Pensionskassen. Zulasten unserer Renten!

✗ Am 29. November
NEIN
zum Finanzierungs-Verbot der GSoA

Komitee «NEIN zu GSoA-Initiative»